

Rückblick Magdeburg 12. Januar 2013

12 000 Menschen demonstrieren friedlich und vielfältig gegen Neofaschismus. Polizei verhindert mit unverhältnismäßiger Gewalt Protest in Sicht- und Hörweite der Neonazis.

Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage organisierte gemeinsam mit der IG Metall Halle-Dessau einen Bus nach Magdeburg zu den Protesten gegen den Neonaziaufmarsch.

Die neofaschistische *“Initiative gegen das Vergessen”* um den JN-Bundesvorsitzenden und Ordnungsdienstleiter der NPD Andy Knappe rief am 12. Januar 2013 zur Neonazi Demonstration in Magdeburg auf. Die Gegenproteste wurden durch drei Bündnisse getragen. Das *Bündnis gegen Rechts Magdeburg* besetzte im Rahmen der Meile der Demokratie die Innenstadt mit Konzerten und Informationsmöglichkeiten über demokratische Partizipation und Zivilcourage. *Magdeburg Nazifrei* führte Kundgebungen durch und blockierte den ursprünglichen Startpunkt der Neofaschisten am Bahnhof Herrenkrug und am Jerichower Platz. Bereits ab 9:00 Uhr morgens, strömten friedliche Demonstrant_innen nach Ostelbien, so dass die Polizei die Neonazis ins Magdeburger Industriegebiet Sket und Salbke (Haltestelle Bukau und Sket) verlegen musste. Ein wichtiger Teil der Protestaktionen war die antifaschistische Demonstration der *Initiative 365 Tage Offensiv* die auf Alltagsrassismus und Faschismus innerhalb unserer Gesellschaft aufmerksam machte. Diese Demonstration startete am Mahnmal der zerstörten Synagoge unweit des Hauptbahnhofs.

Die JN versuchte in gewohnter Manier den deutschen Opfermythos in Bezugnahme auf die Bombardierung Magdeburgs am 16.01.1945 zu befördern. Dabei geht es den Neonazis nicht um die 2 500 Magdeburger Toten, sondern um die Umdeutung von Geschichte. Die Bombardierung Magdeburgs war die Folge des Nationalsozialismus – wenn wir daraus etwas schließen können dann ein entschlossenes „Nie wieder Faschismus!“ und „keinen Fußbreit den Faschist_innen“. Erschreckender Weise zeigte jedoch die Berichterstattung um den Neonaziaufmarsch in Magdeburg, dass der deutsche Opfermythos bis in die Gesellschaft hinein anschlussfähig ist. Um dieser Täter-Opfer-Umkehrung entgegenzuwirken besteht die gesellschaftliche Herausforderung darin die Ursachen von Faschismus, Rassismus und Diskriminierung aufzuzeigen und in der Geschichtsvermittlung deutlich zu machen, dass die schrecklichen Folgen der Bombardierung den Nationalsozialismus zur Ursache haben.

Ein Teilerfolg des Tages war, dass auf Grund der Blockaden des Bündnisses *Magdeburg Nazifrei* und der weiteren Proteste am Hauptbahnhof, die Neonazis nicht die geplante ostelbische Route, beginnend an der Haltestelle Herrenkrug vorbei an der Fachhochschule nehmen konnten, sondern in ein südlich gelegenes Industriegebiet ausweichen mussten. Neben diesem Teilerfolg der Zivilgesellschaft bleibt ein fader Beigeschmack auf Grund der fragwürdigen Polizeitaktik.

Hauptbahnhof

Einzelne Neonazis werden von der Polizei eskortiert durch Gegendemonstrant_innen in den Hauptbahnhof geführt. Neonazis greifen dabei Gegendemonstrant_innen vor dem Hauptbahnhof und Journalist_innen in der Bahnhofshalle an.

Julius-Bremer Straße

Menschen die zur angemeldeten antifaschistischen Demonstration wollten wurden durchsucht und ihre Personalien aufgenommen. Nach der Auflösung der Demonstration wurde jeglicher Versuch Richtung Süden, zur vermuteten Ausweichroute der Neonazis, weiter zu gehen mit einem massiven Polizeiaufgebot, unter Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz und mehreren Versuchen Demonstrant_innen zu kesseln unterbunden.

Schleiufer

Nachdem bestätigt wurde, dass die Neonazis eine Ausweichroute in Buckau zugewiesen bekommen hatten, setzten sich ca. tausend Gegendemonstrant_innen friedlich von Cracau Richtung Buckau am Schleiufer entlang in Bewegung. Anfänglich ungehindert durch die Polizei wurde der friedliche Demonstrationszug auf der Höhe Johanniskirche durch aggressive Polizeibeamt_innen mit Pfefferspray und Schlagstock Einsatz grundlos, ohne Vorwarnung und ohne Aufforderung angegriffen. Zunächst liefen etwa 20 Polizeibeamt_innen im Laufschrift am Demonstrationszug vorbei und konnten sich dabei einen Überblick über die friedlichen Demonstrationsteilnehmer_innen verschaffen. Die Beamt_innen setzten sich anschließend vor den friedlichen Demonstrationszug und sprühten ohne Vorwarnung eine Wolke aus Pfefferspray auf die Demonstrierenden. Die Polizist_innen sprangen im selben Augenblick mit Schlagstöcken auf die ersten Reihen der Demonstrierenden und rissen diese brutal zu Boden. Verletzte Demonstrant_innen suchten in der Innenstadt Schutz und wurden dort versorgt.

Meile der Demokratie

Teilnehmer_innen des so unnötig mit Gewalt aufgelöste Demonstrationszug wurde von der Polizei weiterhin verfolgt und am freien Zugang zur offiziell angemeldeten Meile der Demokratie gehindert. Demonstrationsteilnehmer_innen und Besucher_innen der Meile der Demokratie wurden dabei zur Seite gestoßen. Auf das rüde Vorgehen hingewiesen erfolgte von Seiten eines Polizisten die Antwort : „Wenn du noch mal den Mund aufmachst hau ich dich um“. Durch das aggressive Verhalten der Polizei wurden die Besucher_innen der Demokratiemeile verschreckt und eingeschüchtert. Demonstrant_innen, die nach Ansicht der Beamt_innen zu schwarz gekleidet waren, wurden gehetzt und mit dem Spruch „ihr seid links, ihr habt hier nichts zu suchen“ vertreiben. Trotz Zivilcourage Trainings auf der Meile der Demokratie halfen umstehende Menschen im oben genannten Fall den Betroffenen von Polizeigewalt nicht. Ob die Umstehenden auf Grund des einschüchternden Polizeiagierens oder auf Grund eigener Ressentiments so agierten wissen wohl nur die Besucher_innen der Meile selbst.

Am Allee Center

Mitten auf einem freien Platz am Allee Center griff die Polizei eine kleine Gruppe von friedlichen Demonstrierenden an. Die Demonstrant_innen riefen den Polizeibeamt_innen dabei ohne Erfolg „wir sind friedlich was seid ihr?“ entgegen. An

dieser Stelle wurden auch zwei Beobachter von Bündnis '90 – die Grünen und der Linkspartei handgreiflich von Polizist_innen drangsaliert.

Hasselbachplatz/ Hegelstraße

Polizist_innen drangsaliieren Menschen, die von der Meile der Demokratie auf dem Weg Richtung Hasselbachplatz liefen. So wurde unter anderem auch eine Juso-Gruppe, die sich nur etwas zu Essen holen wollte von Polizist_innen rüde bedrängt und herumgestoßen. Im Umkreis des Hasselbachplatzes massiver Schlagstock und Pfefferspray Einsatz gegen friedliche Demonstrat_innen.

Kundgebung Bahnhof Buckau

Demonstrierende, die versuchten zu der angemeldeten Protestkundgebung an den Bahnhof Buckau zu gelangen wurden gewaltsam von Polizist_innen davon abgehalten ihrem Grundrecht der Demonstrationsfreiheit nachzukommen.

Grundsätzlich muss ein „Beachtungserfolg“ der Gegenproteste möglich sein. Eine Gegendemonstration muss daher in Hör- und Sichtweite zu einer Neonazi-Demonstration stattfinden können, damit sie die Chance hat, beachtet zu werden. Dies war in Magdeburg am 12. Januar 2013 jedoch nicht gewährleistet, dies kam somit einem Verbot der genehmigten Gegenkundgebung gleich.

City Carree

Vom Hasselbachplatz setzte sich der Demonstrationzug später in Richtung Hauptbahnhof in Bewegung und wurde nach wenigen Metern wieder gestoppt. Auch hier kam es wieder zu unverhältnismäßiger polizeilicher Gewaltanwendungen gegenüber Demonstrierenden. Als Polizeibeamt_innen in die wartende Menge hinein stoben, rissen sie ein Transparent mit der Aufschrift „Bunt statt braun“ herunter und beschädigte es. Das City Carree wurde durch Polizeikräfte abgesperrt und abgeschlossen. Zeitweise konnten weder Besucher_innen das Kaufhaus verlassen, noch konnte es betreten werden. Selbst Menschen mit Kinderwagen wurden durch Polizeikräfte abgewiesen. Das Verhalten der Einsatzkräfte war dabei unnötig provokativ, da Pfefferspraydosen nicht „am Mensch“ getragen, sondern jonglierend provokativ in der Hand gewedelt wurden. Bemerkenswert ist an dieser Stelle die fragwürdige Einschätzung der Einsatzleitung, denn die wartende und ratlose Menge bestand zu diesem Zeitpunkt aus wartenden Besucher_innen des Kaufhauses und Fahrgästen der Deutschen Bahn.

Alt Salbke

Wieso die polizeiliche Einsatzleitung die Neonazis ausgerechnet in Alt Salbke am Libertäre Zentrum (L!Z) vorbeiführen musste bleibt von Seiten der Einsatzleitung zu erklären. Gerade in Magdeburg, wo Neonazis mehrfach Menschen ermordet haben, darunter Torsten Lamprecht (1992), Farid Boukhit (1994), 17-jährigen Frank Böttcher (1997) und den 20-jährigen Rick Langenstein (2008) und Menschen mit Migrationshintergrund, sowie alternative Menschen um ihre Gesundheit fürchten müssen, löst diese Route Unverständnis aus. Dies kann nur als Provokation der Einsatzleitung gegenüber emanzipatorischen, selbstdenkenden und antifaschistischer Menschen in Magdeburg gewertet werden. Doch es das war noch nicht alles. Zuvor versuchten die Polizist_innen das L!Z gewaltsam zu stürmen – derartiges wurde an diesem Tag eher durch Nazi-Schläger-Trupps erwartet.

Exemplarisch unterstreichen die oben dargestellten Geschehnisse die fragwürdige Polizeitaktik des 12. Januar 2013. Wo in anderen Städten wie Dresden und Leipzig auf Grund kooperativer Polizeiarbeit friedlich den Neofaschisten die Straßen nicht überlassen werden – zeigt sich in Magdeburg erneut, dass die Polizei nicht davor zurückschreckt gegen friedliche Menschen Gewalt anzuwenden – unabhängig davon ob sich diese nur etwas zu Essen holen oder von ihrem Rechts auf Protest in Sicht- und Hörweite Gebrauch machen wollen.

Deshalb kann trotz der umfangreichen Proteste nur von einem Teilerfolg gesprochen werden. Solange in Magdeburg leider wieder einmal Neofaschismus verharmlost und antifaschistischer Protest kriminalisiert wird. Glücklicherweise sind bislang in Magdeburg keine so schweren Verletzten wie in Halle am 07.08.12 festzustellen. Selbstverständlich soll damit nicht das Leid der 30 verletzten Gegendemonstrant_innen relativiert werden – ganz im Gegenteil. Jede_r verletzte Demonstrant_in ist eine_r zu viel. In diesem Sinne wünschen wir auch alle Betroffenen gute Besserung!

Bereits im Vorfeld des Protests bagatellisiert Innenminister Holger Stahlknecht die Bedrohung von Rechts in dem er den Magdeburger_innen riet: „Wir sollten die Rechtsextremen mit Missachtung strafen“ (MZ, 10.01.13). Gerade die deutsche Vergangenheit zeigt jedoch, dass faschistische Einstellungen und Aufmärsche nicht von der Straße weichen, wenn Menschen ihnen die Straße überlassen – sondern genau das Gegenteil der Fall ist. Indem Stahlknecht im selben Artikel den Abgeordneten Sebastian Striegel dazu auffordert er „solle sich lieber darum kümmern, dass von den gut 2 000 linken Gegendemonstranten keine Gewalt ausgeht“ stellt er die friedlichen Blockierer_innen unter Generalverdacht und befeuert die Kriminalisierung von Menschen, die ihrem Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit friedlich nachkommen wollen.

Auch weiterhin ist in Sachen-Anhalt zu bemerken, dass bei Anti-Neonazi Protesten Demonstrat_innen kriminalisiert und ihnen Rechte abgesprochen werden. Dies zeigte die Reaktion des sogenannten CDU-Innenexperten Jens Kolze: „man müsse als Demokrat damit leben, dass nicht alle Straftaten aufgeklärt werden könnten“ (MZ, 06.01.13), angesprochen auf die nicht Identifizierbarkeit eines Polizeibeamten und damit auch auf die Versagung juristischer Konsequenzen gegenüber eines Polizisten, der irreparable Verletzungen eines Demonstranten im Rahmen der Proteste gegen die NPD-Deutschland Tour in Halle zu verantworten hat.

Das Fazit des Tages:

Auch wenn die Neonazis ihre innenstadtnahe Route nicht laufen konnten und durch das unattraktive Industriegebiet geleitet wurden konnten sie demonstrieren. Die Polizei behinderte, durch ihre eskalierende Taktik der gezielten Nichtinformation und dem gewaltsamen Abschirmen, den zivilgesellschaftlichen Protest. Auf Grund der unverhältnismäßigen Polizeigewalt am 12. Januar 2013 in Magdeburg bestätigt sich die Forderung des Bündnisses Halle gegen Rechts und der Landtagsfraktionen von SPD, Grünen und Linkspartei nach einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt_innen in geschlossenen Einsätzen erneut.

Nachdem die vergangenen Aktionen fernab der Neonaziaufmärsche in Magdeburg bislang für Frust sorgten, konnte die Mensch am 12. Januar 2013 gute Konzepte und Infrastrukturen vorfinden. Dies muss zu guter Letzt dem Bündnis *Magdeburg Nazifrei* und weiteren antifaschistischen Gruppen zu Gute gehalten werden.